

Georges T. Roos

Der Staat der Zukunft – 3 Szenarien

1. Einleitung

Ich bin als Zukunftsforscher eingeladen, Ihnen für die Diskussion der nächsten zwei Tage einige Gedanken zum „Staat der Zukunft“ mit zu geben. Als Zeithorizont wurde mir das Jahr 2015 aufgetragen, der – nebenbei bemerkt – keinesfalls zu weit gewählt ist, angesichts der Langfristigkeit vieler Vorhaben, die gerade von Ihrer Seite betreut werden. Ich denke da beispielweise an die Neat oder an die Sozialversicherungen.

Der Beginn der modernen Zukunftsforschung ist eng verknüpft mit einer ihrer grundlegenden Techniken: Der Szenario-Technik. Unter der Leitung von Herman Kahn hat die RAND Corporation in den 50er Jahren diese Methode entwickelt, um die potenziellen Folgen eines thermo-nuklearen Krieges und die sich daraus ergebenden strategischen Optionen durchzuspielen. Kahn wurde damit weltberühmt. Mittlerweile sind es nicht nur Militärs, die Szenarien entwickeln, sondern auch Unternehmen und öffentliche Institutionen. Die Denkform von Szenarien lautet: „Was ist, wenn...“. Was ist, wenn aus Versehen eine mit einem nuklearen Sprengkopf ausgestattete Langstrecken-Rakete abgeschossen wird? Was ist, wenn die Sowjetunion zusammenbricht? Was ist, wenn ein mächtiges Seebeben stattfindet?

Der Unterschied zu Zukunftsprognosen ist offensichtlich: Ob ein in einem Szenario vorgestelltes Ereignis tatsächlich einmal eintreten wird oder nicht, ist nicht die Frage. Viel entscheidender ist, ob das Ereignis denkbar ist und ob es – wenn das Ereignisse eintreten würde - schwerwiegende Folgen hätte. Mögliche Zukünfte *nicht* zu antizipieren heisst dagegen: im Nachteil sein, zu spät sein, vermeidbare Opfer und Schäden, heisst auch: ohne Alternativen zu sein.

Meiner Überzeugung nach ist die entscheidende intellektuelle Aufgabe eines Zukunftsforschers seinem Publikum nahe zu bringen, dass Dinge in Zukunft ganz anders sein können, als sie es heute sind. Das geht den meisten von uns gegen den Strich: Wir sind geneigt anzunehmen, uns die Zukunft als ein „Bisschen-mehr-vom-selben“ vorzustellen: Ein bisschen mehr Informatik, ein bisschen mehr Globalisierung, einen bisschen höheren Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung. Mit anderen Worten: Wir neigen zu glauben, dass es möglich ist, die Zukunft aus gegenwärtigen Trends zu extrapolieren. Aber die Zukunft ergibt sich nicht nur aus kontinuierlichen Entwicklungen, sondern eben so sehr aus Diskontinuitäten. Da sich solche Brüche aber definitionsgemäss nicht vorhersagen lassen, bleibt uns nur die Möglichkeit, Zukunft im Plural zu denken: Zukünfte zu denken.

Ich lade Sie also ein, Zukünfte unseres Staates mit mir durchzuspielen. Erwarten Sie von mir also keine Prognose, wie der Staat „Schweiz“ in 10 Jahren aussehen wird. So wünschenswert es wäre, verlässliche Prognosen machen zu können, so wenig halte ich das bei dieser Frage für seriös.

Wenn wir uns aber über plausible, denkbare Entwicklungsmöglichkeiten unseres Staates Gedanken machen, haben wir daraus zwei Gewinne:

1. Wir können Handlungsoptionen entwickeln und evt. Vorkehrungen treffen; oder
2. Wir können eine Vision entwerfen - ein Zukunftsbild schaffen. Was soll in Zukunft sein? Zwar liegt die Zukunft nicht gänzlich in unserer Hand, sie geschieht aber auch nicht einfach so. Wie die Zukunft wird, hängt auch sehr davon ab, welche Weichen wir stellen.

2. Der Zusammenhang von Wertewandel und „Staat der Zukunft“: Ein Modell

Das EPA-Kolloquium 2005 hat zum Ziel, die Verknappung der Ressourcen dieses Staates als strategische Herausforderung zu begreifen, statt sie lediglich als tagesaktuelle Notwendigkeit zu sehen. Dazu möchte ich beitragen, in dem ich Ihnen drei Szenarien zur Schweiz im Jahr 2015 vorstelle.

Die Leitfrage meines Vortrages lautet:

- Wie sieht die Schweiz und ihr Staatswesen aus, wenn es uns gelingt, die Verknappung der Ressourcen strategisch anzupacken? Oder andernfalls:
- Wie sieht die Schweiz und ihr Staatswesen aus, wenn es uns gerade *nicht* gelingt, die Verknappung der Ressourcen strategisch anzupacken?

Mit „uns“ ist sind letztlich alle Akteure des Staates gemeint, der Souverän ebenso wie die Legislative und die Regierung mitsamt der Verwaltung. Ihnen kommt aber eine Schlüsselstellung zu, weil ich Ihre Aufgabe auch darin sehe, ein Think Tank für die Zukunft unseres Staatswesens zu sein.

Mein Vortrag stützt sich auf eine Forschungsarbeit, die wir in einem Team im Auftrag der Schweizerischen Vereinigung für Zukunftsforschung - einer Mitgliedgesellschaft der SAGW – im Frühjahr des letzten Jahres vorlegen durften¹. Wertewandel und Staatsauffassung sind eng verknüpfte Phänomene. Werte werden per Definition als Grundeinstellungen von Menschen beschrieben. Werte beeinflussen Gedanken, Worte und Taten, also u.a. auch die Einstellung gegenüber dem Staat, die Erwartungen an den Staat, das bürgerliche Engagement und anderes mehr.

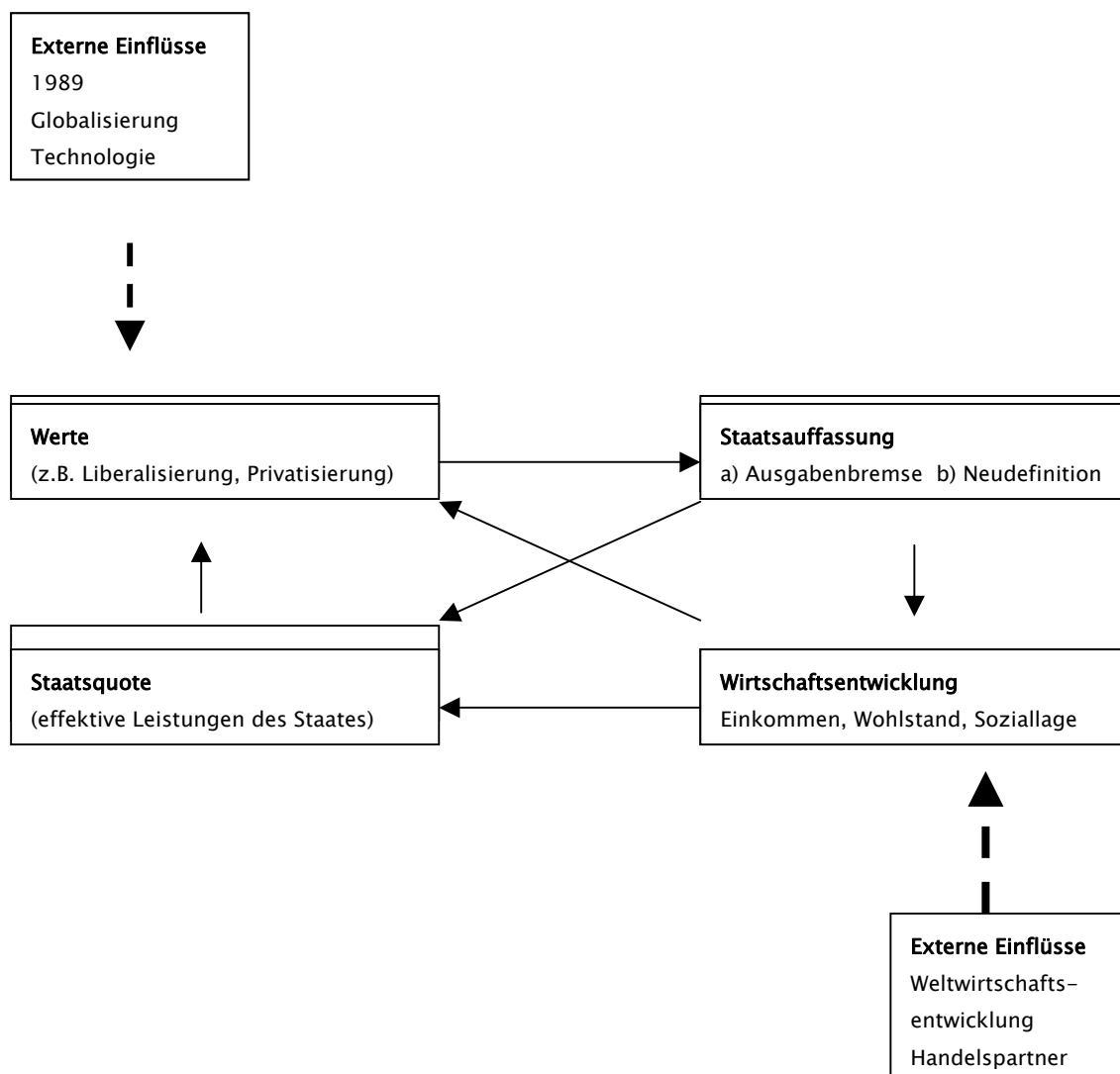
Für diesen Vortrag gehe ich von einem Modell aus, das die generelle Frage des Kolloquiums – „Wie viel Staat braucht der Mensch?“ – und die Frage nach dem Staat der Zukunft einschliesst. (s. Schaubild 1) Das Modell unterscheidet zwischen der „Staatsauffassung“ auf der einen, und der effektiven staatlichen Tätigkeit auf der anderen Seite. Ersteres beschreibt, dass, was – in Abhängigkeit von vorherrschenden Werten in unserer Bevölkerung – die Politik *vorgibt*. Letzteres beschreibt die Art und Weise, wie diese Vorgaben *umgesetzt* werden können. Das sind zwei verschiedene Dinge, v.a. deshalb, weil die effektive Staatstätigkeit stark vom Problemdruck mitbestimmt sein wird. Die Unterscheidung drückt also die Diskrepanz zwischen Idee und

¹ Roos, Georges T.: Wertewandel in der Schweiz. 2004–2014–2024. Vier Szenarien. Hrsg. Swissfuture – Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung, 2004. (www.swissfuture.ch)

Wirklichkeit aus. Als weiteren, entscheidenden Faktoren integriert das Modell die tatsächliche, künftige Wirtschaftsentwicklung. Sie deshalb, weil ich die Diskussion um einen Staat mit weniger Ressourcen letztlich so verstehe, dass dahinter die Annahme steht, dass ein redimensionierter Staat positive Wachstumsimpulse auslösen soll, die über höhere Gewinne und gestiegene Einkommen zu einer Stärkung des Steuersubstrats führen sollen.

Mein Modell ist dynamisch zu verstehen, versucht also Interdependenzen und Rückkoppelungseffekte zu integrieren. Im Prinzip können sie an jeder beliebigen Stelle zu lesen beginnen. Meiner Vorlage entsprechend beginne ich bei den Werten.

Schaubild 1: Modell „Wertewandel und Staat der Zukunft“



Werte:

Ausgangspunkt im Jahr 2005 ist ein grundsätzliches Einverständnis einer Mehrheit der Bevölkerung, dass der Staat nicht weiter unbegrenzt wachsen soll. Schliesslich hat der Souverän die Ausgabenbremse gebilligt. Dahinter stecken Wertvorstellungen, wie beispielsweise eine von der Werteforschung festgestellte signifikante Zunahme von Werten wie „Durchsetzungsvermögen“,

„persönliche Erfolgsorientierung“ und „Materialismus“. Überdies scheint uns klar, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein der zukunftsentscheidenden Bedeutung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugenommen hat – abzulesen etwa am deutlichen Ausbau der Wirtschaftsteils in den Medien.

Staatsauffassung:

Politisch sind also jene Kräfte im Aufwind, die für einen schlankeren Staat votieren. Damit vereinfachen wir natürlich, denn in Tat und Wahrheit konkurrenzieren Partikularinteressen mit dieser vorherrschenden Auffassung, ausserdem löst jeder Trend einen Gegentrend auf. Aber als Summe im „Kräfte-Parallelogramm“ scheint uns die Aussage zutreffend. Die Szenarien werden allerdings unterscheiden,

- ob es sich eine lineare bzw. quasi-lineare Ausgabenbremse (Opfersymmetrie), handeln wird, oder
- ob ihr eine Neu-Definition der staatlichen Aufgaben vorangegangen sein wird.

Wirtschaftsentwicklung:

Die mit einer Einschränkung der Staatstätigkeit einhergehende Erwartung ist, dass ein schlankerer Staat die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft² steigert, zu einem verstärkten Binnenwettbewerb und zu grösseren verfügbaren Einkommen führt. Allerdings kann die Schweiz nicht isoliert betrachtet werden. Die Weltwirtschaftsentwicklung und besonders die Entwicklung der Volkswirtschaften unserer wichtigsten Handelspartner fördern oder hemmen die inländische Wirtschaftsentwicklung. Diese exogenen Faktoren kann die schweizerische Politik nicht beeinflussen (unabhängiger Einflussfaktor).

Staatsquote:

Die effektiven staatlichen Leistungen hängen davon ab, ob der erwartete Impuls mittelfristig auch tatsächlich zur gewünschten Entwicklung führt. Bleiben die Wachstumseffekte aus und erhöhen sich zugleich (und zwar nicht zufällig, sondern als Konsequenz daraus) die sozialen Kosten, ist davon auszugehen, dass der Staat mehr leisten muss als gewollt. Die Frage ist dann allerdings, wozu er nach dem Abbau noch in der Lage sein wird.

Feedback-Loop:

Die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung und die tatsächliche Leistungen des Staates beeinflussen wiederum das Wertegefüge. Damit beginnt der Kreislauf von neuem: Werte beeinflussen die Staatsauffassung, die Staatstätigkeit beeinflusst partiell die Wirtschaftsentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung beeinflusst die Leistungsfähigkeit des Staates, etc.

² Diese Annahme ist allerdings fragwürdig. Vgl. dazu die Ausführungen von Rudolf Strahm an diesem Kolloquium: Es gibt keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Staatsquote und Wachstum. Vielmehr hängt es davon ab, welche Leistungen der Staat erbringt – also die Verteilung und Gewichtung der einzelnen Staatsausgaben zueinander.

3. Der Staat der Zukunft – 3 Szenarien

Ich lade Sie nun zu einem Zeitsprung ins Jahr 2015 ein. Dabei skizziere ich drei mögliche Entwicklungen. Die drei Szenarien tragen die Titel:

1. EgoMania
2. Clash
3. Balancing

- EgoMania geht von folgenden Annahmen aus: Der Wertewandel verstärkt den politischen Druck, die Staatstätigkeit einzuschränken – bis hin zu einem Ausverkauf des Staates. Wir nehmen weiter an, dass es dank einer günstigen Wirtschaftsentwicklung gelingt, die Staatsquote auch effektiv klein zu halten.

- Clash geht von der selben Werthaltung aus. Auch dieser Staat wird abgebaut. Wie im EgoMania-Szenario gründet der Abbau auch in diesem Fall auf einer diffusen Vorstellung des „Weniger ist Mehr“ und nicht auf einem erneuerten Gesellschaftsvertrag, der die öffentlichen Kernaufgaben neu definieren würde. Im Unterschied zu EgoMania macht aber eine über Jahre anhaltende Weltwirtschaftskrise alle erhofften Wirtschaftswachstumsimpuls zunichte.

- Balancing schliesslich geht von einem anderen Wertegefüge aus: Die Bevölkerung will zwar, dass gespart wird, sie will aber, dass gezielt gespart wird, d.h. aufgrund eines erneuerten Grundkonsens über die Funktion des Staates. Das Ziel ist ein fokussiert starker Staat.

3a. EgoMania

Werte:

Versetzen Sie sich nun also ins Jahr 2015. Und nehmen Sie mit mir an, dass die Schweiz sich in eine Turbo-Leistungsgesellschaft verwandelt hat. In diesem Land hat moralisch gesprochen der „gute Wilde“ alle Rechte – und das heisst: Das ganz auf seine Karriere, auf materielle Güter und auf den persönlichen Lustgewinn orientierte Individuum ist das dominante Muster in der Schweiz. Dieser mentale Zustand ist dann denkbar, wenn sich die Individualisierung unserer Gesellschaft massiv verstärkt; wenn gegenüber Solidarpflichten der Widerstand wächst, weil hinter allen Begünstigten Schmarotzertum und Faulheit vermutet wird und wenn sich die Lösung aus Bindungen fortsetzt (ein Vorgang, der wesentlich zur Modernisierung gehört). Jeder ist sich selbst der Nächste und jeder ist auch seines Glückes eigener Schmid. Den Verlierer in dieser Turbo-Gesellschaft hängt das Etikette „Selber schuld!“ um. Dass die soziale Ungleichheit wächst, stört die Mehrheit nicht, weil man gemeinhin davon ausgeht, dass der mögliche, soziale Aufstieg die mächtigste Antriebsfeder für die Betroffenen darstellt, aus ihrer misslichen Lage herauszukommen („Vom Tellerwäscher zum Millionär“).

Staatsauffassung:

Konsequenterweise würde eine solche Gesellschaft eine radikale Rückbindung der staatlichen Tätigkeiten begrüssen. Weniger Staat wäre der Bevölkerung gleichbedeutend mit mehr Freiheit.

Für die Mehrheit wäre es selbstverständlich geworden, dass die „öffentliche Sache“ ökonomisch verhandelt werden soll: In diesem Staat gälte beispielsweise Bildung als individuelle Investition, die Dividenden in Form von Karrierechancen abwirft. Vom Staat würden in erster Linie tiefe Steuern, günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln und selbstverständlich um jeden Preis einen ausgeglichenen Haushalt erwartet.

Wirtschaftslage:

Gehen wir weiter davon aus, dass diese Staatsauffassung auf eine günstige Wirtschaftslage trifft. Nehmen wir ruhig an, dass es dafür einen ursächlichen Zusammenhang mit den vorherrschenden Werten und der dominanten Staatsauffassung gibt: Dass also Privatisierungen und Liberalisierungen die Schweiz auf eine nachhaltige Wachstumsstrasse zurückgeführt haben. Gehen wir also von einem jährlichen, durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandproduktes pro Kopf von 2 % aus. Möglich wäre dies allerdings nur, wenn zugleich die Weltwirtschaft und besonders die wichtigsten Handelspartner der Schweiz ebenfalls ausserordentlich prosperieren. Wie sehe dann also der EgoMania-Staat 2015 aus?

EgoMania-Staat 2015:

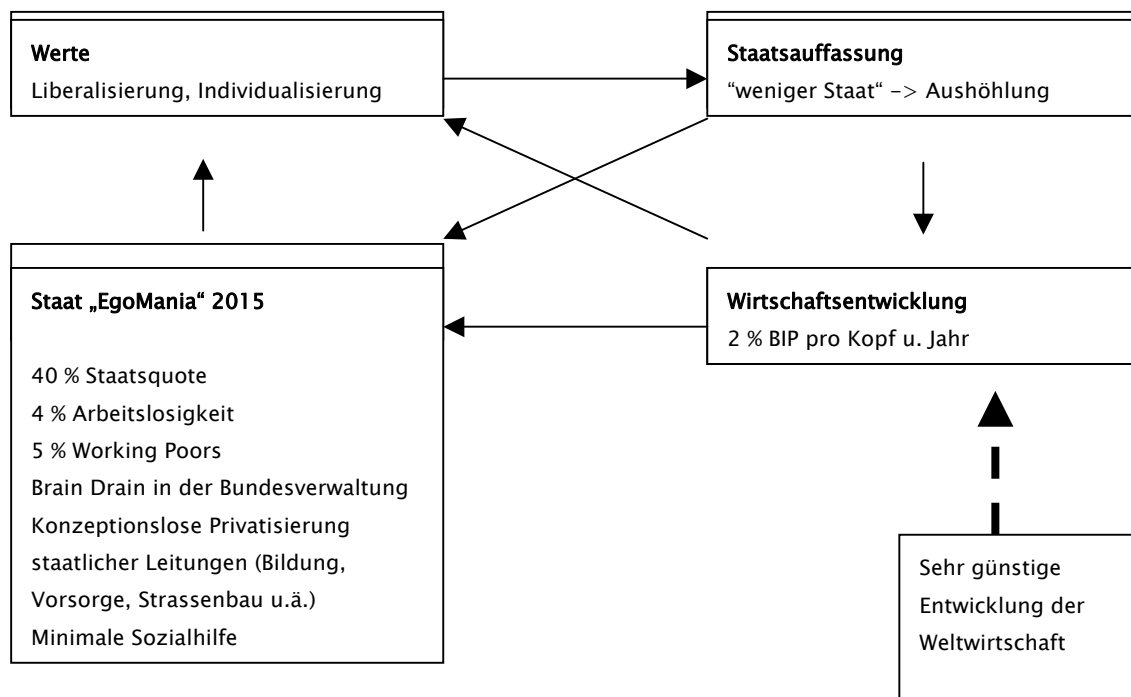
Der Staat Schweiz würde unter diesen Umständen radikal abgebaut. Die Staatsquote könnte noch unter der heutigen liegt, nämlich bei 40 %. Beim Ausverkauf des Staates wären die Politiker nicht wählerisch, denn das Ziel ist ja nicht ein redimensionierter starker Staat, sondern ein möglichst kleiner und schwacher Staat. Beispielsweise würde die Integration von Ausländern gestrichen, die Rassismuskommission sowieso. Auch sicherheitspolitisch hätte dieser Staat sich auf ein Minimum zurückgezogen und damit vielen privaten Firmen neue Marktchancen – etwa im Eigentums- und Personenschutz – eröffnet. Die Armee wäre zu einer schlanken Berufsarmee reduziert worden, deren Kaderbildung an verschiedene MBA-Privatuniversitäten ausgegliedert worden wäre, um damit die Attraktivität des freiwilligen Militärdienstes zu heben. Da Kapital und hohes Einkommen mobil sind, wären die entsprechenden Steuerbelastungen massiv reduziert worden. Die grossen Agglomerationen dürfen in diesem Szenario mit einem Wohlstands-Revival rechnen. Die einstigen Problem-Bevölkerungsgruppen wären aus den für wohlhabende Single und DINKS äusserst „hippen“ Grossstädten verdrängt. Da selbst der Strassenbau privatisiert worden wäre, würden ausserdem kostspielige Investitionen weggefallen. Der Sog der grossen Agglomerationen könnte allerdings zu einer Entvölkerung der Randregionen führen, verstärkt durch den massiven Abbau von Transferzahlungen und des *service publique*.

In der Altersvorsorge käme es konsequenterweise in diesem Staat zu einer klaren Gewichtsverschiebung zugunsten der privaten Vorsorge. Die AHV würde einen immer kleineren Teil der Einkommen von Pensionierten decken. Dank der günstigen Arbeitsmarktlage und der vorherrschenden Mentalität wären Frühpensionierungen äusserst selten geworden. Bereits durch die Verlängerung der effektiven Arbeitszeit würde die Finanzierung der AHV wieder ins Lot kommen. Sozial- und familienpolitisch wäre dieser Staat ein Minimalstaat. Die Folgen davon wären wahrscheinlich nicht sonderlich gravierend, weil die günstige Wirtschaftslage einen markanten Arbeitskräftemangel zur Folge haben würde, so dass auch Menschen mit Handicap recht gute Arbeitsmarktchancen hätten. Ist es noch nötig zu erwähnen, dass Kinder in dieser Welt immer seltener anzutreffen sind?

Feedback-Loop

Ich gehe davon aus, dass eine solche Entwicklung auf die Staatsabbauer und Liberalisierer wie eine Droge wirken würde. Sie würden einen noch weiteren Abbau des Staates wünschen. Beispielsweise könnten sie das Krankenversicherungsobligatorium ins Visier nehmen. Vielen würde der Staat zu einer „quantité négligable“ geworden sein, was zur Folge hätte, dass es immer schwieriger würde, geeignete Persönlichkeiten für politische Ämter zu gewinnen. Die Verwaltung müsste einen massiven Brain Drain befürchten, weil die Privatwirtschaft höhere Löhne zahlen würde und weil es auch nicht gerade motivierend wäre, für einen ausgehöhlten Staat zu arbeiten.

Schaubild 2: Szenario EgoMania



3b. Clash

Werte, Staatsauffassung, Wirtschaftslage:

Aber gehen wir doch dieses Szenario noch einmal durch, verändern aber eine wichtige Grösse innerhalb des Systems: Nehmen wir nun an, dass dieselbe Grundhaltung und der gleiche politische Wille in den nächsten 10 Jahren auf eine anhaltende Weltwirtschaftskrise stossen würde³. Alle potenziellen Impulse einer liberalistischen Wirtschaftspolitik würden verpuffen an der grossen Auslandabhängigkeit der schweizerischen Wirtschaft. So bliebe unter dem Strich über die letzten 10 Jahre lediglich ein minimales Pro-Kopf-Wachstum in der Schweiz von 0.4 % pro Jahr. Hohe Arbeitslosigkeit von 8 % und ein Anteil von 15 % Working Poors wären die unvermeidbaren Auswirkungen der Wachstumsschwäche. Wir haben dieses Szenario „Clash“ genannt, weil es zu einem harten Verteilungskampf innerhalb der Gesellschaft und zu gravierenden Konflikten zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen kommen würde. Jeder fühlte sich durch den anderen ausgenutzt, bedroht und hintergangen. In einem solchen Klima der Angst und der Not würden

³ Langfristige Wachstumsprognosen sind nicht machbar. Daher muss mit Annahmen operiert werden. Die Szenario-Technik empfiehlt, dabei möglichst die Extreme anzunehmen.

Fremdenfeindlichkeit, Kriminalität und Hoffnungslosigkeit blühen. Wie würde demnach der Clash-Staat 2015 aussehen?

Clash-Staat 2015

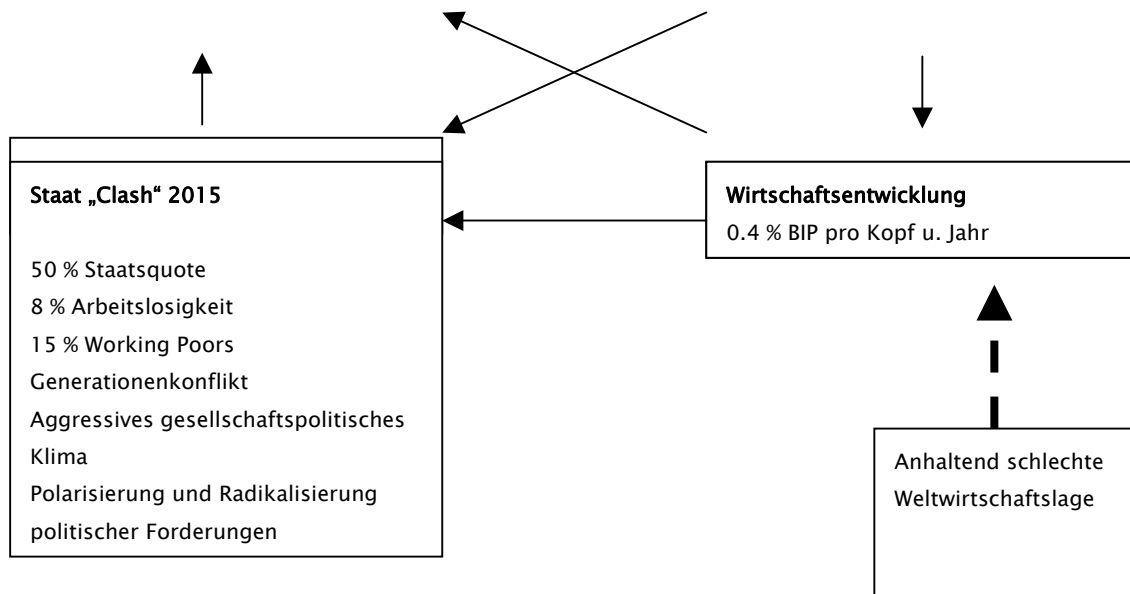
Die hehren Absichten, Schulden abzubauen und das Ausgabenwachstum zu bremsen, würden im Clash-Staat an den wachsenden Problemen regelrecht zerschellen. Zwar würde die öffentliche Hand versuchen, mit einer Pflasterlipolitik die schlimmsten sozialen Verwerfungen wieder einigermassen zu glätten. Doch würden ihr Mittel und v.a. die Instrumente fehlen, da sie in früheren Jahren abgebaut worden wären. Die Aufwendungen für die innere Sicherheit würden aufgrund der wachsenden Kriminalität deutlich ansteigen. Bewaffnete Body-Guards würden zum Strassenbild ebenso gehören, wie abgeschlossene und bewachte Quartiere der Wohlhabenden. Städte glichen Slums, wie wir sie in der Schweiz noch nicht kennen. Der Name „Clash“ steht für vertiefte, wiederaufgebrochene, aber auch für neue gesellschaftliche Konfliktgräben. Besonders gravierend könnte in diesem Szenario ein neuer Konflikt unter den Generationen werden, genauer, zwischen den Pensionierten und den Werktätigen. Wenn wir davon ausgehen, dass die Rentner eine politisch immer mächtigere Gruppe werden, würden sie Staatsleistungen zu ihren Gunsten umzulenken vermögen, die dann natürlich anderswo fehlen würden. Darüber hinaus würden sich jung und alt aber auch um die knappen Arbeitsstellen streiten, denn mittlerweile müssten die Schweizerinnen und Schweizer bis 67 arbeiten und hätten trotzdem keine tragfähige Rente in der Tasche. Viele Rentner würden daher versuchen, zumindest teilweise über die Pensionierung hinaus im Arbeitsprozess zu verbleiben, oder sie würden sich auf einem entstehenden Schwarzmarkt betätigen. Zugleich würde der Mittelstand verarmen, der mehr Unterstützung für Familien und Bildung erwartet. Trotz wachsender Ansprüche an den Staat, würde in diesem Szenario zumeist die Bereitschaft fehlen, sich für die Allgemeinheit zu engagieren. Radikale und einseitige Forderungen würden jegliche politischen Reformen blockieren.

Feedback-Loop

Aufgrund einer solchen Lage wäre die Bevölkerung wohl zunehmend desillusioniert gegenüber den Versprechen des schlanken Staates. Postulate wie Reichumssteuer, höhere Unternehmens- und Kapitalgewinnsteuern würden Auftrieb erhalten. Insgesamt würden die Erwartungen an den Staat ins Unermessliche steigen, bei gleichzeitigem Vertrauensentzug gegenüber den Behörden und der Verwaltung. Ohnmacht- und Opfergefühle würden sich vielleicht in wütende Attacken gegen „die da oben“ entladen. Nicht verwunderlich wäre zudem, wenn mehr und mehr Intelligenz dafür entwickelt würde, den „Staat“ zu betrügen. Wahrscheinlich würden sich in der Politik unversöhnlich zwei Gruppen gegenüber stehen: Jene, die in dieser angespannten Lage erst recht auf die Ausgabenbremse stehen wollen, da sie andernfalls eine beschleunigte Abwärtsspirale befürchtet, gegen jene, die für ihre Anspruchsgruppen das Maximum herauszuholen versuchen. In der Bundesverwaltung könnten sich Fälle von Burn-Outs häufen, weil Anspruch und Wirklichkeit auseinander klaffen und weil es viele leid wären, als Sündenböcke für die miserable Lage zu herzuhalten. Ihr einziger Trost wäre wohl, dass ihre Arbeitsplätze im Vergleich zur Wirtschaft etwas weniger gefährdet wären.

Schaubild 3: Szenario Clash





3c. Balancing

Werte:

Lassen Sie uns zum Schluss noch eine Schweiz vorstellen, in der die Gesellschaft ihren Staat neu zu denken begonnen hat. Dies ist möglich, wenn sich die vorherrschende Werthaltung in eine andere Richtung entwickelt, als in den beiden voran gegangenen Szenarien beschrieben worden ist. Die Werteforschung hat dafür den Begriff „Werte-Synthese“ vorgeschlagen. Damit ist die geglückte Integration von selbst-bezogenen mit mitwelt-bezogenen Werten gemeint. Die heute viel zitierte „Work-Life-Balance“ gehört zu dieser Werthaltung – also die gelungene Aushandlung eines Gleichgewichts des ökonomischen Subjekts mit dem sozialen und privaten Subjekts jeder Person. Sie können sich die Wertesynthese auch als eine Weiterentwicklung jener Werte vorstellen, die schon heute eine funktionierende Zivilgesellschaft ausmachen: Nachbarhilfe, Freiwilligenarbeit, Sozialzeit, Vereinstätigkeit. Das Motiv der Menschen wäre allerdings nicht mehr ein religiös oder ideologisch bedingtes Pflichtgefühl, sondern die Einsicht in den emotionalen Mehrwert, der einem Individuum erwächst, wenn es sich auch für andere und anderes als nur für seine Karriere engagiert.

Staatsauffassung:

Nehmen wir für das Balancing-Szenario also an, dass es uns als Gesellschaft gelingt, eine Vision für die Schweiz zu entwickeln. Sie könnte beispielsweise auf den folgenden vier Prinzipien beruhen, die an bestehende Stärken der Schweiz knüpft:

1. Prinzip:

Die Schweiz will punkto Forschung und Bildung weltweit zu den drei Spitzennationen gehören. Der zentrale Rohstoff der Schweiz ist ihr intellektuelles Kapital. Konsequenz soll der Staat Rahmenbedingungen schaffen und Impulse geben, um Forschung und Bildung in diesem Land zu einem Quantensprung zu verhelfen.

2. Prinzip:

Die Schweiz will in Migrationsland sein.

Dieses Prinzip knüpft an unsere multikulturelle Tradition an, interpretiert diese aber neu. Es erwächst aus der Einsicht, dass Migration ein unermesslicher Innovationsschatz darstellen kann, wenn sie nur richtig kanalisiert ist. Gehen wir also davon aus, dass die Schweiz von Ländern wie den USA oder Kanada gelernt hat, welches volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteil es uns bringt, wenn wir uns als ein offenes Land verstehen. Das ist – zugegeben – ein tiefgreifender Paradigmenwechsel zu heute. Aber in Szenarien soll man selbst das Udenkbare denken und den Mut aufbringen, grundsätzlich von der Veränderbarkeit auszugehen.

3. Prinzip:

Die Schweiz will ein Land der Chancen und der Freiheit sein.

Die unternehmerische Tugend scheint mir in diesem Land etwas abhanden gekommen zu sein. Kürzlich habe ich eine vielsagende Anekdote gehört: Wissen Sie, was einen schweizerischen Hochschulabgänger von einem asiatischen unterscheidet? Der Schweizer sucht sich mit Vorliebe eine sichere Stelle bei einem der beliebten Arbeitgeber. Ein asiatischer Hochschulabgänger dagegen ist getrieben von der Vorstellung, ein eigenes Geschäft zu gründen. Wer den Unternehmergeist fördern will, muss aber auch dazu beitragen, dass eine neue Kultur gegenüber dem Scheitern entsteht. Ich nenne es eine „Fehlerkultur“, die darin besteht, die künftige Kredit- und Vertrauenswürdigkeit eines gescheiterten Unternehmers daran zu messen, ob er die richtigen Lehren aus einem Misserfolg gezogen hat. Schliesslich stellt ein Land der Chancen und der Freiheit sicher, dass die Chancengerechtigkeit gegeben ist.

4. Prinzip:

Die Schweiz will das Land der höchsten Lebensqualität sein.

Lebensqualität ist ein Standortvorteil, der sich nicht einfach auf das Pro-Kopf-Einkommen bezieht. Eine intakte Umwelt, Sicherheit, eine gelebte Solidargemeinschaft sind mindestens so wichtig wie verfügbares Einkommen. Der Staat soll aber kein Versorgerstaat sein, sondern Katalysator subsidiärer Kräfte, der Eigeninitiative und des bürgerschaftlichen Engagements. Lebensqualität bedeutet aber auch eine staatlich organisierte Solidarität zugunsten jener, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen.

Wirtschaftslage:

Finden ein solcher Mentalitätswandel in der Bevölkerung statt und gelingt es, die Staatstätigkeit diesen Prinzipien entsprechend zu fokussieren, wird der Binnenmarkt in der Schweiz zweifelsohne mit kräftigen Wachstumsimpulsen versehen. Da ich Ihnen aus Zeitgründen nur drei Szenarien vorstellen kann, ist es nicht möglich, sowohl den Fall einer günstigen Weltwirtschaftsentwicklung, als auch den entgegengesetzten Fall durchzuspielen. Ich gehe einmal von ersterem aus. Wie sehe dann der Balancing-Staat im Jahr 2015 aus?

Der Balancing-Staat 2005:

Wir hätten in diesem Fall einen Staat vor uns, der in fokussierten Bereichen sehr stark wäre, zugleich aber auch viele liebgewordene, nicht essentielle Tätigkeiten hätte ablegen können. Forschung und Bildung würden auf jeden Fall von Abbaumassnahmen verschont. Allerdings würden Leistungsvorgaben und Qualitätskontrollen dafür sorgen, dass im Vergleich zu 2005 jeder investierte Franken den doppelten Ertrag generiert. Neu würde es zur Einbürgerung genügen, in

der Schweiz geboren zu sein. Wir hätten die volle Freizügigkeit des Personenverkehrs, wenn auch längere Wartefristen für den Bezug sozialer Leistungen eine unerwünschte Einwanderung dämpfen sollte.

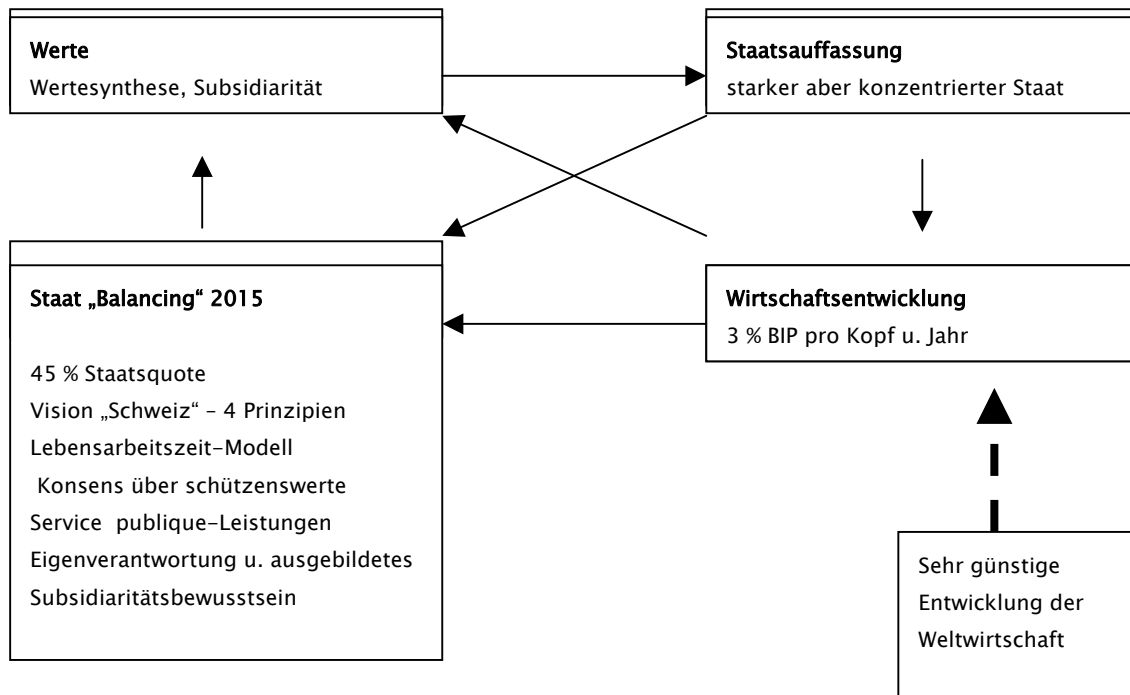
Wirtschaftspolitisch unternähme der Bund alles, um eine Start-up Kultur zu fördern. Vorbei wären die Zeiten, in der Standortförderung vor allem aus dem Schielen nach Neuansiedlung bestanden hat, was noch ohnehin all zu oft zu einem Null-Summenspiel geführt hat, in dem eine Gemeinde der anderen einen Arbeitgeber abgeluchst hat. Mit gesetzliche Erleichterungen würde die neue Selbstständigkeit gefördert, der Arbeitsmarkt flexibel reguliert, Bürokratie abgebaut.

Als Ausgleich dazu wäre es im Balancing-Szenario gelungen, wichtige soziale Ausgleichsinstrumente in eine gesamtheitliche Lösung überzuführen: Das Zaubering hiesse Lebensarbeitszeitmodell und würde die einstige AHV, die Arbeitslosenversicherung aber auch familienpolitische und sozialpolitische Errungenschaften integrieren. Zur Altersrente berechtigt wäre, wer 50 Beitragsjahre geleistet hat. Als Beitragsjahr gälten auch nachweisliche Jahre für Kinderbetreuung und anerkannte, gemeinnützige Tätigkeiten. In begründeten Fällen könnten solche Sozial- und Familienjahre auch mit einem Vorbezug der Rente entgolten werden. Erzwungene Arbeitslosigkeit würde aufgefangen durch ein Guthaben einer Auszeit, das beispielsweise auch für Weiterbildungen in Anspruch genommen werden könnte. Das neue Modell würde zahlreiche sozialpolitische Postulate erfüllen: So würden white-collar-worker in der Regel später pensioniert, weil sie später ins Erwerbsleben treten. Das Armutsrisiko „Familie“ könnte reduziert werden. Und temporäre Arbeitslosigkeit könnte kostenneutral aufgefangen werden, da sie in der Regel zu einer späteren Pensionierung führen würde. Auch das Finanzierungsproblem der AHV würde entschärft, indem zumindest der tatsächlich Austritt aus dem Erwerbsleben später erfolgen würde. Zwar wäre dieser Staat nicht zum Null-Tarif zu haben, aber eine Staatsquote von 45 % wäre noch immer moderat und vertretbar.

Feedback-Loop

Es ist leicht vorstellbar, dass dieser Staat, getragen von den skizzierten Erwartungen und Wertvorstellungen zu einer positiven, gesellschaftlichen Dynamik führen würde. Zu fragen bleibt, ob dieser Staat auch eine andauernde Weltwirtschaftskrise zu bewältigen in der Lage wäre. Da bin ich aber zuversichtlich, weil im Unterschied zu den anderen beiden Szenarien kein Knowhow und keine Instrumente zerstört wären, auf die eine Schweiz in garstigem Umfeld angewiesen sein würde. Das Engagement des Bürgers für die öffentliche Sache würde in diesem Szenario zunehmen, denn ein fokussiert leistungsstarker Staat würde Vertrauen schaffen. Die Vision „Schweiz“ würde als eine wertvolle Sache verstanden, an der es weiter zu optimieren gäbe. Kein Staatswesen ist absolut gerecht. Aber der Staat des Balancing käme der Sache ein richtiges Stück nahe.

Schaubild 4: Szenario Balancing



4. Chancen und Risiken, Weichenstellungen

Was sollen uns die Szenarien sagen?

Der Nutzen von Szenarien ist zweifach:

1. Welche Chancen und Risiken zeigen die Szenarien auf? Was kann unternommen werden, um Risiken zu vermeiden und Chancen zu nutzen?
2. Welchen Staat der Zukunft wollen wir? Welche Voraussetzungen sind dazu von Nöten? Und welche dieser Voraussetzungen können mit geeigneten Massnahmen gefördert werden, damit die Möglichkeit steigt, den gewünschten Staat zu gestalten?

Bedenken Sie, dass wir es mit einem System zu tun haben, in dem die Veränderung eines Faktors auch Auswirkungen auf die anderen hat: Das bedeutet konkret, dass wir mit dem Staat, wie wir ihn ausgestalten werden, auch die Werte beeinflussen (und damit die Gesellschaft, in der wir leben). Werte sind zwar treibende Faktoren, sie sind aber eben auch getrieben von der faktischen Realität. Oder um es mit Marx/Engels zu sagen: Das Sein beeinflusst das Bewusstsein.

Die beiden Szenarien „EgoMania“ und „Clash“ gehen davon aus, dass Schuldenabbau und Ausgabenbremse nicht wirklich strategisch vorgenommen worden sind. Sie zeigen auf, dass die gleiche Politik zu gegensätzlichen Ergebnissen führen kann, je nach dem, ob nicht beeinflussbare Faktoren (wie die Weltwirtschaftslage) das anvisierte Ziel befördern oder torpedieren.

Die Risiken sind augenscheinlich und sie führen zu Frage, wie ein Abbau des Staates ausgestaltet werden kann, damit auch längere Härteperioden wirtschaftlicher Natur durchgestanden werden können. Auf jeden Fall ist zu vermeiden, dass Knowhow und Instrumente verloren gehen, die in Krisenzeiten dringend benötigt werden.

Ausserdem zeigen die Szenarien, dass wir den hausgemachten Wachstumsimpulsen höchste Aufmerksamkeit zukommen lassen müssen. Natürlich nicht anstelle einer weiteren Integration der Schweiz in den EU-Binnenmarkt und einer verstärkten Ausrichtung auf den Weltmarkt. Aber auf jeden Fall als höchste Priorität, weil wir hier am meisten Hebelwirkung für eine krisenresistentere Volkswirtschaft haben.

Die demografische Entwicklung muss zudem auf ihre Folgen hin offen diskutiert werden können. Die intergenerationelle Gerechtigkeit ist bedroht. Gelingt es der Schweiz nicht, hier ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Lasten und Nutzen für die nachfolgenden Generationen zu schaffen, droht ein gefährlicher Konflikt zwischen den Generationen.

Das Szenario „Balancing“ mögen einige mehr als Utopie, denn als mögliche zukünftige Ausprägung der Schweiz aufgefasst haben. Ich gebe zu, dass vieles sehr schön klingt. Sie werden mir vielleicht auch entgegen, dass das Lebensarbeitszeit-Modell eine Mogelpackung ist. Sei's drum. Ich habe es angeführt, um zu zeigen, dass wir mit einer klaren Vision selbst grosse Vorhaben anpacken könnten.

Womit wir bei der zweiten Schlussfolgerung aus den Szenarien angelangt sind: Welchen Staat wollen wir?

Sollen die Leistungen des Staates tatsächlich im Zuge der Verknappung der Ressourcen neu definiert werden, dann führt kein Weg daran vorbei, dass wir so etwas wie eine Vision für die Schweiz entwickeln. Swissfuture – Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung hat sich vorgenommen, darüber mit allen gesellschaftlichen Kräften, welche die Schweiz der Zukunft denken, in einen Dialog zu treten. Wir würden uns freuen, wenn wir hier einige Partner für diese faszinierende – und wie das Balancing-Szenario hoffentlich hat zeigen können – Aufgabe gewinnen könnten.

Ich freue mich, wenn dieser Blick in alternative Zukünfte Ihnen Impulse gibt, Sparen als strategische Herausforderung zu verstehen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.